

SOISSESMONATSECHO

AUSGABE 03 - MÄRZ 2016

SO ISSES MONATS ECHO

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Dresdner Stadtrat

PERIODISCH ERSCHEINENDE MONATSSCHRIFT

Mit Beiträgen von Thomas Löser, Johannes Lichdi, Tina Siebeneicher, Kati Bischoffberger und Barbara Schmidt

INHALT

AUSGABE 03 - MÄRZ 2016



VARIANTE 8.7. FÜR DIE KÖNIGSBRÜCKER



EIN KINDERBÜRO FÜR DRESDEN

von Tina Siebeneicher



VERPASSTE CHANCE AM KÖNIGSUFER

von Thomas Löser

03 EDITORIAL

von Barbara Schmidt

04 GEMEINSCHAFTSGÄRTNERN IN PIESCHEN

von Kati Bischoffberger

05 UNTERBRINGUNG ASYLSUCHENDER MENSCHEN IN DRESDEN

von Tina Siebeneicher

06 DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

von Barbara Schmidt

07 IMPRESSUM



FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IM
STADTRAT DRESDEN
DR.-KÜLZ-RING 19
01067 DRESDEN
GRUENE-FRAKTION@DRESDEN.DE



WWW.GRUENE-FRAKTION-DRESDEN.DE

UNSERE STADTRÄTE KOMMENTIEREN

→ Stadtteilver- trägliche Variante für „Köni“



Mit der Variante 8.7 ist die Lösung für eine stadtteilverträgliche Sanierung der Königsbrücker Straße gefunden. Sie ist zwar wesentlich schmaler als die Vierspurvariante V 7, aber Autos und Straßenbahnen fah-

ren durch eine intelligente Aufteilung der Kreuzung Bischofsweg genauso schnell!
Weiter auf S. 5

→ Bürgergarten für Pieschen



Mit dem Bebauungsplan Nr. 3001 in der Gehestraße beschloss der Stadtrat unter anderem: Es soll geprüft werden, ob ein öffentlicher Bürgergarten mit dem Ziel der gärtnerischen Nutzung in die

geplante öffentliche Grünfläche integriert werden kann.
Weiter auf S. 4

→ Geflüchtete in Dresden



Große Containerstandorte sind nicht die Lösung! Die Schaffung neuen Wohnraums zu sozial verträglichen Mieten ist dringend notwendig. Wir werden uns als Fraktion im Stadtrat dafür einsetzen. Selbst bei

einer Verminderung der Flüchtlingszahlen werden jährlich Mehrbedarfe entstehen.
Weiter auf S. 7



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

drei Monate und drei Stadtratssitzungen hat das neue Jahr schon hinter sich, Zeit für einen Blick auf aktuelle Projekte und bereits umgesetzte Ziele.

Nach wie vor spielt auch in der Kommunalpolitik das Arbeitsfeld Asyl eine große Rolle, allerdings ist es nicht mehr das alles beherrschende Thema von Ende letzten Jahres. Was unter anderem daran liegt, dass die Zuweisungszahlen an die Kommunen derzeit deutlich unter den Prognosen liegen. Die Unterbringung Geflüchteter Menschen ist kommunale Pflichtaufgabe, die derzeit in Dresden gut erfüllt wird, es darf aber aus unserer Sicht nicht dabei bleiben. Menschen sollen nicht nur hier wohnen sondern auch langfristig ihren Platz innerhalb der Gesellschaft finden können. Nur so lassen sich auf Dauer Probleme beim Zusammenleben vermeiden. Tina Siebeneicher erklärt in ihrem Text, warum wir deshalb nicht alle Verwaltungsvorlagen im Stadtrat einfach durchgewunken haben. Wichtig ist die Schaffung von langfristig nutzbarem Wohnraum.

Eine Voraussetzung für gelungene Integration ist es, Möglichkeiten zu schaffen, wo Dresdnerinnen und Dresdner mit Geflüchteten Menschen in Kontakt treten können. Die Bewirtschaftung von Gemeinschaftsgärten schafft solche Möglichkeiten. Kati Bischoffberger schreibt in ihrem Text von einem geplanten Projekt in Pieschen.

Ein langjähriges Dauerprojekt der Dresdner Kommunalpolitik, der Ausbau der Königsbrücker Straße, steht nun tatsächlich vor dem Durchbruch. In einer gemeinsamen Lenkungsgruppe haben Stadträte und Verwaltung Varianten erarbeitet und geprüft, die Johannes Lichdi in seinem Text vorstellt und vergleicht. Im Mai sollen sie auf einer Bürgerversammlung erklärt werden und noch vor der Sommerpause dem Stadtrat zur Entscheidung vorliegen.

Weitere Themen im Heft sind die Gestaltung des Königsufers auf Neustädter Seite, der Plan, ein Kinder- und Jugendbüro in Dresden einzurichten, Freifunk in Dresden, die Bahnstrecke Dresden-Breslau und die Erhaltung wertvoller Architektur in Striesen und Blasewitz.

Viel Freude beim Lesen wünscht
Barbara Schmidt

Gemeinschaftsgärtnern in Pieschen

von Kati Bischoffberger

Mit dem Bebauungsplan Nr. 3001 in der Gehestraße beschloss der Stadtrat in seiner Sitzung im Dezember die Errichtung eines großen Schulkomplexes in Pieschen, ein wichtiger Beschluss für die Schullandschaft in Dresden.

Er beschloss aber noch einen weiteren, zwar kleinen, aber wichtigen Punkt: Es geht um Punkt 5 der Beschlussempfehlung. Dies ist ein Ergänzungsantrag, den ich bereits für den Ortsbeirat Pieschen erarbeitet hatte. Der beinhaltet letztendlich Folgendes: Es soll geprüft werden, ob ein öffentlicher Bürgergarten mit dem Ziel der gärtnerischen Nutzung in die geplante öffentliche Grünfläche integriert werden kann.

Das ist eine kleine, aber wie ich meine, für Dresden sehr feine Entscheidung. Die Nachfrage nach öffentlichen Flächen, die gemeinsam "begärtnert" werden können, ist in Pieschen groß. Die Entscheidung für einen Bürgergarten ist bedeutsam. Es geht nicht darum, dass wir einfach nur eine Fläche zur Bepflanzung von ein paar Dresdner*innen zur Verfügung stellen, sondern: Ich sehe in Bürgergärten Labore für einen möglichen gesellschaftlichen Wandel. Initiator*innen sind oft Dresdner*innen mit einem ökologischen und nachhaltigen Bewusstsein. Es wird ein Bewusstsein für Ökologie und Nachhaltigkeit in der Stadtgesellschaft verankert. Es wird die Möglichkeit gegeben, aus der Opferrolle des "die da oben entscheiden eh immer alles" herauszuwachsen. Die Bürgerinnen und Bürger dürfen eigenständig, selbstverantwortlich über die Gestaltung ihres näheren Umfeldes entscheiden. Es wird ein Bewusstsein für Selbstverantwortung entwickelt.

In unserer Gesellschaft, die geprägt ist von Wettbewerb und Vereinzelung, ist das gemeinsame Bearbeiten eines gemeinschaftlich genutzten Grundstückes und das gemeinschaftliche Teilen eine gedankliche Neuausrichtung. Es wird Gemeinschaftssinn gefördert. Und ich hoffe sehr, dass an dem einen oder anderen lauen Sommerabend über die Möglichkeit einer solidarischen Ökonomie debattiert wird.

Last but not least, die Initiator*innen für dieses Projekt haben sich ausdrücklich für eine Integrationsarbeit von allen gesellschaftlichen Schichten, also auch von Flüchtlingen und Asylsuchenden, ausgesprochen.

Ein Kinderbüro für Dresden

von Tina Siebeneicher

Kinder sind häufig von politischen Entscheidungen betroffen, haben aber im Gegensatz zu Erwachsenen selten die Möglichkeit, sich an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Das möchten wir zukünftig in Dresden ändern.

Im Januar haben wir die Idee eines unabhängigen Kinder- und Jugendbüros in den Jugendhilfeausschuss eingebracht. Dresden braucht stadtteilbezogene, regelmäßige und verbindliche Formen der Jugendbeteiligung. Die kann zum Beispiel stattfinden beim Bau von Kinder- und Jugendspielplätzen, der Gestaltung von öffentlichen Räumen, aber auch beim Bau von Schulen, Kindergärten und bei der Verkehrsplanung.

Ein Kinderbüro kann als Mittler, Berater und Unterstützer zwischen den Interessen der Kinder und Jugendlichen, Verwaltung und Politik dienen. Auch angesichts weit verbreiteter Politikverdrossenheit ist es wichtig, Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich aktiv an der Gestaltung ihrer Stadt zu beteiligen, und ihnen zu vermitteln, dass Engagement sich lohnen kann.

In der 20. Sitzung des Jugendhilfeausschusses, am 07. Januar 2016, wurden Mittel für die Demokratieförderung bereitgestellt. Mit diesem Geld wird 2016 ein Rahmenkonzept erarbeitet zur Einrichtung eines Kinderbüros. Außerdem sollen Verfahren zur Unterstützung demokratiefördernder Projekte entwickelt und finanziert werden. Die Mittel dafür werden in einem Fonds in Höhe von maximal 90.000 Euro bereitgestellt. Als Dachorganisationen werden der Stadtjugendring Dresden e. V. und das Büro für freie Kultur- und Jugendarbeit Dresden e. V. das Rahmenkonzept erarbeiten, es sollen aber auch andere interessierte Organisationen einbezogen werden. Das Rahmenkonzept soll die Einrichtung eines Kinderbüros sowie Verfahren zur Unterstützung demokratiefördernder Projekte aus einem Fonds heraus enthalten.





Stadtteilverträgliche und schnelle Variante 8.7 für die Königsbrücker gefunden – ein Vergleich

von Johannes Lichdi

Mit der Variante 8.7 ist die Lösung für eine stadtteilverträgliche Sanierung der Königsbrücker Straße gefunden. Sie ist zwar wesentlich schmaler als die Vierspurvariante V 7, aber Autos und Straßenbahnen fahren durch eine intelligente Aufteilung der Kreuzung Bischofsweg genauso schnell!

Zur Geschichte: Bei den Stadtratswahlen im Mai 2014 hatten vier Fünftel der Neustädterinnen und Neustädter Parteien gewählt, die für eine stadtteilverträgliche Neuplanung der „Köni“ eintreten. Da die von Rot-Grün-Rot-Orange (RGRO) im Dezember 2014 beauftragte Neuplanung unter dem alten Baubürgermeister Marx (CDU) nicht vorankam, setzte die Gestaltungsmehrheit im Stadtrat im Juli 2015 eine Lenkungsgruppe ein. Nach dem Amtsantritt des neuen Baubürgermeisters Schmidt-Lamontain (GRÜNE) im Oktober 2015 nahm die gemeinsame Arbeit von Stadträten und Verwaltung Fahrt auf.

Zentraler Abschnitt 2: Katharinenstraße – Paulstraße

Die Verwaltung stellte in der Sitzung der Lenkungsgruppe am 8. März eine Abwägung der Variante V 7 mit den V 8-Varianten in verkehrlicher, städtebaulicher und ökologischer Hinsicht vor. Die 8-er Varianten sind im zentralen Abschnitt zwischen Katharinenstraße und Paulstraße zwischen 12,30 m und 12,55 m breit, während die V 7 18,70 m braucht (jeweils gemessen von Bordstein zu Bordstein ohne Parkstreifen). Damit stehen

auf beiden Seiten bei den 8-er Varianten insgesamt gut 6 m mehr für Fußwege und Bäume zur Verfügung! Dabei schneiden die Varianten 8.4 und 8.7 in städtebaulicher Hinsicht deutlich besser ab als V 7. Beispielsweise würde die große Ulme südlich der Schauburg der V 7 zum Opfer fallen. Allerdings rollte der Auto- und Straßenbahnverkehr an der Kreuzung Bischofsweg bei den 8-er Varianten langsamer als bei der V 7. Denn an der Schauburg kreuzen sich Straßenbahnen und Autofahrspuren, sodass eine wechselseitige Blockade drohte. Die DVB hatte daher vorgeschlagen, die Haltestelle der Linien 7 und 8 in stadtwärtiger Richtung auf die südliche Seite der Kreuzung zu verlegen. Damit kann in stadtwärtiger Richtung ein Rechtsabbieger für PKW eingerichtet werden, sodass die Geradeausfahrt der Straßenbahn nicht mehr behindert wird. Im Ergebnis entsprechen nun die sogenannten „LOS“-Werte („Level-of-service“) und die Reisezeiten der V 8.7 zwischen Albertplatz und Olbrichtplatz denen der V 7.

Abschnitt 1: Albertplatz – Katharinenstraße

Städtebaulich spricht für die V 8.4 die mit 12,05 m geringe Breite zwischen Albertplatz und Katharinenstraße, dagegen nehmen die V 7 und V 8.7 17,50 m ein. Allerdings ist bei der V 8.4 eine zusätzliche Ampel nördlich des Albertplatzes in landwärtiger Richtung nötig. Zudem stellen die Verkehrsexperten der DVB und des Straßen- und Tiefbauamtes die Verkehrssicherheit und Förderfähigkeit der V 8.4 ernsthaft in Frage, weil ein Rückstau von PKW bis in den Albertplatz hinein und damit eine Behinderung der Straßenbahn droht.

Abschnitt 3: Paulstraße – Olbrichtplatz

Nördlich der Paulstraße führen alle Varianten zur Fällung aller Straßenbäume, ein erheblicher Eingriff! Leider können sie nur etwa zu zwei Dritteln neu angepflanzt werden. Bei der V 8.4 könnte die östliche Baumreihe

erhalten werden, wenn auf sämtliche Parkplätze verzichtet würde. Die V 8.4 ist aber wegen häufig auftretenden Mischverkehrs zwischen PKW und Bahn die verkehrlich schlechteste Lösung, denn vom Olbrichtplatz her droht ein PKW-Rückstau die Straßenbahn zu behindern. Nördlich der Paulstraße ist die V 8.4 mit 18,00 m sogar breiter als die V 7 mit 17,20 m. Die V 8.7 dagegen ist wegen ihres eigenen Gleiskörpers die beste Variante für die Straßenbahn.

Weitere Planung

Nach der Grundentscheidung für die V 8.4 oder V 8.7 ist eine weitere Verbesserung der Seitenräume zugunsten von Bäumen, Warenauslagen und Restauration auf den Gehwegen zu prüfen. Der Platz vor der Schauburg muss zwar reduziert werden, doch besteht die Chance mit der südlich anschließenden Haltestelle einen einheitlich erlebbar städtischen Platz zu entwickeln. Der Bereich zwischen Eschenstraße und Lössnitzstraße erlaubt den etwa 12 m breiten Raum von Hauswand zum Bordstein für die Anlage eines Platzes zu nutzen. Die Lenkungsgruppe hat sich darauf verständigt, in der zweiten Maihälfte eine Bürgerversammlung in der Neustadt anzusetzen, auf der die Varianten 7, 8.4 und 8.7 vorgestellt und diskutiert werden sollen. Parallel bereitet die Stadtverwaltung eine Beschlussvorlage vor, sodass der Stadtrat hoffentlich noch vor der Sommerpause eine Varianten-Entscheidung treffen kann. Die Genehmigungsplanung soll möglichst schnell erarbeitet werden, um eine schnelle Planfeststellung und einen raschen Baubeginn zu ermöglichen. Die Pläne zu den verschiedenen Varianten sind auf unserer Website zu finden unter:

<http://www.gruene-fraktion-dresden.de/stadtteilvertraegliche-und-schnelle-variante-8-7-fuer-die-koenigsbruecker-gefunden-ein-vergleich/>

Die im Text beschriebenen Varianten werden auf einer Bürgerversammlung im April oder Mai öffentlich vorgestellt werden.

Verpasste Chance am Königsufer

von Thomas Löser

In der letzten Sitzung des Stadtrats, am 17. März, wurde mit den Stimmen von SPD, CDU, FDP und AfD ein Antrag der SPD verabschiedet, der den Wiederaufbau des Narrenhäusels an der Augustusbrücke (Neustädter Rampe, östliche Seite) zum Ziel hat. Ein unnötiger Schnellschuss, wie wir finden.

Das Neustädter Ufer an dieser Stelle ist eine absolute 1a-Lage in Dresden, es ist das städtebauliche Pendant zum „Balkon Europas“, der Brühlschen Terrasse. Entsprechend sorgsam muss dieser Stadtraum geplant werden. Wir möchten nicht, dass nun mit einem Einzelbau Tatsachen geschaffen werden, die später einer Gesamtentwicklung des Areals im Wege stehen. Außerdem entstehen so ungelöste Fragen von Hochwasser, Radwegen und Fußwegen.

Unser Ziel war ein städtebaulicher Wettbewerb für das Areal zwischen Augustusbrücke, Köpkestraße und dem Finanzministerium. Es sollten alle relevanten Interessensgruppen der Stadtgesellschaft (z.B. Architektenvertretungen, Gesellschaft Historischer Neumarkt, Akademie der Künste, ADFC etc.) an einem Tisch sitzen und die funktionalen und städtebaulichen Zielstellungen für den Wettbewerb diskutieren. Wichtig ist nicht nur die Gestaltung künftiger Bebauung, sondern auch die mögliche Nutzung der Gebäude. Ebenso muss bedacht werden, wie viel und welcher Platz für Haltestellen, Fuß- und Radwege notwendig ist.

Eine Mitgliederversammlung des Grünen Kreisverbands sprach sich bereits im Herbst einstimmig für den Weg eines städtebaulichen Wettbewerbs aus. Im Ortsbeirat Neustadt wurde ein entsprechender Änderungsantrag eingebracht, dann erneut in der Stadtratssitzung. Leider fand er nur im Ortsbeirat eine Mehrheit, nicht aber in den Ausschüssen und in der entscheidenden Stadtratssitzung.

Unsere Ablehnung des SPD-Antrags heißt nicht, dass wir auf gar keinen Fall das Narrenhäusel an dieser Stelle haben wollen. Es wäre aber aus unserer Sicht wichtig gewesen zu prüfen, ob es den städtebaulichen Ansprüche dieses Areals gerecht wird. Diese Chance wurde nun verpasst.

Unterbringung Asylsuchender Menschen in Dresden

von Tina Siebeneicher

Große Containerstandorte sind nicht die Lösung! Die Schaffung neuen Wohnraums zu sozial verträglichen Mieten ist dringend notwendig.

In der Stadtratssitzung vom Dezember 2015 beschloss RGR im Stadtrat mehrere Vorlagen der Verwaltung zur Unterbringung asylsuchender Menschen in Dresden – jedoch mit deutlichen Änderungen. Die drei Vorlagen zur Errichtung großer Containerstandorte wurden trotz großen Drucks aus der Verwaltung vom Stadtrat vertagt. Zu gering waren uns die Informationen aus der Verwaltung zu Finanzierung der Maßnahmen, zu alternativen Unterbringungsmöglichkeiten und zu Integrationsangeboten, um einen Durchwinken der Vorlagen verantworten zu können.

Im Januar 2016 trafen sich auf Einladung von Oberbürgermeister Hilbert die FachbürgermeisterInnen, die Vorsitzenden der Stadtratsfraktionen und Vertreter des Freistaats Sachsen zu einer Asylklausur. Die Ergebnisse bestärkten uns, im Dezember die richtige Entscheidung getroffen zu haben. Vertreter des Landes berichteten auf Nachfrage, dass Kosten für eventuell geschaffene Überkapazitäten der Stadt nicht erstattet würden. Mittlerweile ist klar, RGR hat mit der Entscheidung im Dezember der Stadt Dresden Kosten in Millionenhöhe erspart. Im Vorfeld der Stadtratssitzung im Januar wurden die drei Vorlagen zu den Containerstandorten zurückgezogen, da Alternativen geprüft werden.

Die Zahl der Asylsuchenden seit Jahresbeginn liegt deutlich unter den Prognosen. Gründe dafür sind die Auswirkungen der Asylgesetzgebung auf Bundesebene (Asylpaket I und II), die Flüchtlingspolitik an den EU-Außengrenzen und die Tatsache, dass die Kommunen zukünftig nur Menschen mit hoher Bleibeperspektive zugewiesen bekommen.

Doch ein Auftrag an die Verwaltung aus dem Ersetzungsantrag bleibt weiterhin bestehen. Die Stadt soll möglichst schnell sozialen Wohnraum schaffen, der langfristig genutzt werden kann - im Gegensatz zu Containern, deren Nutzungsdauer auf 5 Jahren begrenzt ist. Unsere Fraktion wird sich auch in Zukunft im Stadtrat für die Schaffung neuen Wohnraums einsetzen, insbesondere für die Bedarfsgruppen einkommensschwacher Dresdnerinnen und Dresdnern aber auch für Menschen mit Behinderung und für Familien. Die soziale Situation anerkannter Flüchtlinge lässt auch bei diesem Personenkreis eine drastische Erhöhung des Wohnungsbedarfs zu sozial verträglichen Mieten erwarten. Selbst bei einer Verminderung der Flüchtlingszahlen werden diese Mehrbedarfe jährlich entstehen.

Das wichtigste in Kürze

von Barbara Schmidt

Dresden unterstützt Freifunk

Im Februar beschloss die RGRO-Kooperation im Stadtrat einen Antrag zur Unterstützung von Freifunk, d.h. dem Aufbau freier W-LAN-Netze, in Dresden. Der beschlossene Antrag sieht vor, dass Freifunk-Router auf öffentlichen Gebäuden angebracht werden können, wobei die Stadt dann auch die Stromkosten für den Betrieb des Routers übernimmt. Das Internet ist heute eine der wichtigsten Informationsquellen, Information eine wichtige Grundlage für politische Mitbestimmung - freier Zugang zum Internet damit auch ein Beitrag zur Demokratisierung. Für Geflüchtete ist es aber auch häufig die einzige Möglichkeit, mit Freunden und Verwandten in Kontakt zu bleiben. Am 23.03.16 gründete sich in Dresden offiziell der Verein „Freifunk Dresden“ mit dem Ziel, freie Netze in Dresden weiter auszubauen.

Mit der Bahn von Dresden nach Breslau/Wroclaw

Der Stadtrat beschloss im Februar mit großer Mehrheit unseren Antrag zu Bahnverbindung Dresden – Breslau. Derzeit gibt es zwar wieder eine Direktverbindung mit der Bahn zwischen den beiden Partnerstädten, deren Zukunft ist aber keineswegs gesichert. Natürlich bedarf es zum Erhalt der Strecke weiterhin auch Bemühungen auf Landes- und Bundesebene. Wir tragen aber mit dem Antrag auf kommunaler Ebene unseren Anteil dazu bei.

Striesen und Blasewitz erhalten

Ebenfalls mit großer Mehrheit wurden bereits im Januar zwei GRÜNE Anträge beschlossen, mit denen für Striesen und Blasewitz eine Erhaltungs- und eine Gestaltungssatzung eingeführt werden sollen. Damit sollen zukünftig willkürliche Abrisse historischer Bausubstanz verhindert und die städtebauliche Qualität von Neubauten in den beiden Stadtteilen gesichert werden.

Impressum

Herausgeber:
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat Dresden
Dr.-Külz-Ring 19 | 01067 Dresden
Telefon: 0351 488 2699 | E-Mail: gruene-fraktion@dresden.de
www.gruene-fraktion-dresden.de

Redaktion: Barbara Schmidt
Fotos: David Brandt, Barbara Schmidt, Wikipedia (Unbekannt)
Gestalterische Umsetzung: grafikladen.com

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Dresdner Stadtrat

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat Dresden | Dr.-Külz-Ring 19 | 01067 Dresden
gruene-fraktion@dresden.de | www.gruene-fraktion-dresden.de
www.facebook.com/Bündnis-90Die-Grünen-Stadtratsfraktion-Dresden-211809578866910
twitter.com/gruene_stadtrat